



2006

Statistik Kommunal

Waibstadt



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

226091



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Impressum

Statistik Kommunal 2006

Artikel-Nr. 8035 06001

Herausgeber und Vertrieb
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis
7,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Fotonachweis
Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2006

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

2006

Statistik Kommunal

Waibstadt

Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung:** Cornelia Schwarck ■ **Konzeption:** Jutta Demel ■ **Datenaufbereitung:** Bettina Kopecky, Walter Weltin, Martin Winter ■ **Prüfung:** Barbara Konrad ■ **Programmierung:** Wilfred Berger, Thomas Rein ■ **Redaktion:** Andrea Jautz ■ **Technik/DTP:** Claudia Hierath, Wolfgang Werner

Einführung und Inhalt

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg veröffentlicht mit dieser Ausgabe zum zweiten Mal die Themen übergreifende gemeindespezifische Publikation: Statistik Kommunal, eine Darstellung gemeinderelevanter Daten in knapper und übersichtlicher Form. Die Publikation bietet in 16 Tabellen und 9 Schaubildern mit rund 1 000 Daten wichtige statistische Informationen für jede einzelne Gemeinde Baden-Württembergs. Kurze, allgemein verständliche Texte zu den 10 Kapiteln – mit Landeswerten zum Vergleich – runden die Publikation ab.

Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“, „Verkehr“ bis hin zu „Kommunalfinanzen“. Die Kenngrößen werden zum jeweils aktuellen verfügbaren Stand dargestellt. Grundsätzlich ist die zeitliche Entwicklung aus dem kurzfristigen Vergleich (zum Vorjahr) und langfristig abzulesen. Gelegentliche Ausnahmen von dem Prinzip des kurz- und langfristigen Vergleichs sind zum Beispiel durch Statistiken bedingt, in denen zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten längere Zeiträume liegen.

Für Statistik Kommunal wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank des beim Statistischen Landesamt geführten Landesinformationssystem Baden-Württembergs verwendet. Bedingung für die Aufnahme der Daten war, dass diese auf Gemeindeebene vorliegen. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige gemeindespezifischen Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht dem Leser dennoch, sich umfassend über seine Gemeinde zu informieren und diese im Vergleich einzuordnen. Weitere Gemeindedaten entnehmen Sie bitte unserem Internetangebot: statistik-bw.de.

Gemeindedaten im Überblick	4
Zeichenerklärung	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Bildung	10
Wahlen	11
Landwirtschaft	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	13
Verkehr	14
Wohnen	15
Wasserwirtschaft	16
Kommunalfinanzen und Gemeindepersonal	17
Fußnoten	18
Erläuterungen und Definitionen	19

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2004	ha	2 557
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2005	Anzahl	5 736
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2005	Anzahl	- 23
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2005	Anzahl	+ 10
Bevölkerungszu-/abnahme 2005	Anzahl	- 13
Bildung ¹⁾		
Schüler an allgemein bildenden Schulen insgesamt 2005/2006	Anzahl	1 030
Schüler an Grund- und Hauptschulen 2005/2006	Anzahl	383
Schüler an Realschulen 2005/2006	Anzahl	647
Schüler an Gymnasien 2005/2006	Anzahl	-
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2005/2006	Anzahl	81
Landwirtschaft		
Landwirtschaftliche Betriebe 2005	Anzahl	26
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2005	ha	1 099
Beschäftigung und Arbeitsmarkt ²⁾		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2005	Anzahl	1 208
Pendlersaldo 2005	Anzahl	- 636
Arbeitslose insgesamt 2005	Anzahl	230
Arbeitslose Frauen 2005	Anzahl	124
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2005	Anzahl	4 105
Straßenverkehrsunfälle 2005 ³⁾	Anzahl	35
Verunglückte Personen 2005	Anzahl	35
Wohnen		
Wohngebäude 2005	Anzahl	1 523
Wohnungen 2005 ⁴⁾	Anzahl	2 298
Gemeindefinanzen ⁵⁾		
Steuerkraftmesszahl 2005	1 000 EUR	2 943
Steuerkraftsumme 2005	1 000 EUR	3 692
Schuldenstand 2005	1 000 EUR	5 649
Gewerbesteuerhebesatz 2005	%	330
Tourismus ⁶⁾		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2005	Anzahl	.
Schlafgelegenheiten insgesamt 2005	Anzahl	.
Ankünfte insgesamt 2005	Anzahl	.
Übernachtungen insgesamt 2005	Anzahl	.
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2005	Anzahl	.

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2004	%	15	19	14
Waldfläche 2004	%	30	36	38
Landwirtschaftsfläche 2004	%	54	43	46
Bevölkerung				
Ausländeranteil 2005	%	10	10	12
Durchschnittsalter 2005	Jahre	40,7	42,1	41,4
Geburtenrate ⁷⁾ 2000 bis 2005	Anzahl	45	44	45
Bevölkerungsdichte 2005	Einw/km ²	224	503	300
Bildung ¹⁾				
Übergänge auf Hauptschulen 2005/2006	%	30	25	29
Übergänge auf Realschulen 2005/2006	%	25	29	32
Übergänge auf Gymnasien 2005/2006	%	43	44	38
Bundestagswahl 2005				
Wahlbeteiligung	%	76,4	79,1	75,8
Zweitstimmenanteil der Parteien: ⁸⁾				
CDU	%	44,9	36,9	38,9
SPD	%	25,6	32,5	30,4
FDP	%	12,6	12,3	11,9
GRÜNE	%	7,8	10,1	10,6
Beschäftigung ²⁾				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2005	%	45	38	42
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2005	%	14	22	20
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2005	%	40	39	37
Verkehr				
PKW je 1 000 Einwohner 2005	Anzahl	582	600	574
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2005	%	65	56	58
Wohnfläche je Einwohner 2005	m ²	42	44	41
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2004	Liter/Tag	127	127	123
Gesamtpreis für Trink- und Abwasser 2006	EUR/m ²	3,85	.	3,93
Gemeindefinanzen ⁵⁾				
Steuerkraftmesszahl je Einwohner 2005	EUR	512	666	619
Schuldenstand je Einwohner 2005	EUR	984	484	540
Tourismus ⁶⁾				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2005	%	.	26	33
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2005	Tage	.	2	3

Zeichenerklärung

- 0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null
- 0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- Nichts vorhanden (genau null)
- Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Fläche

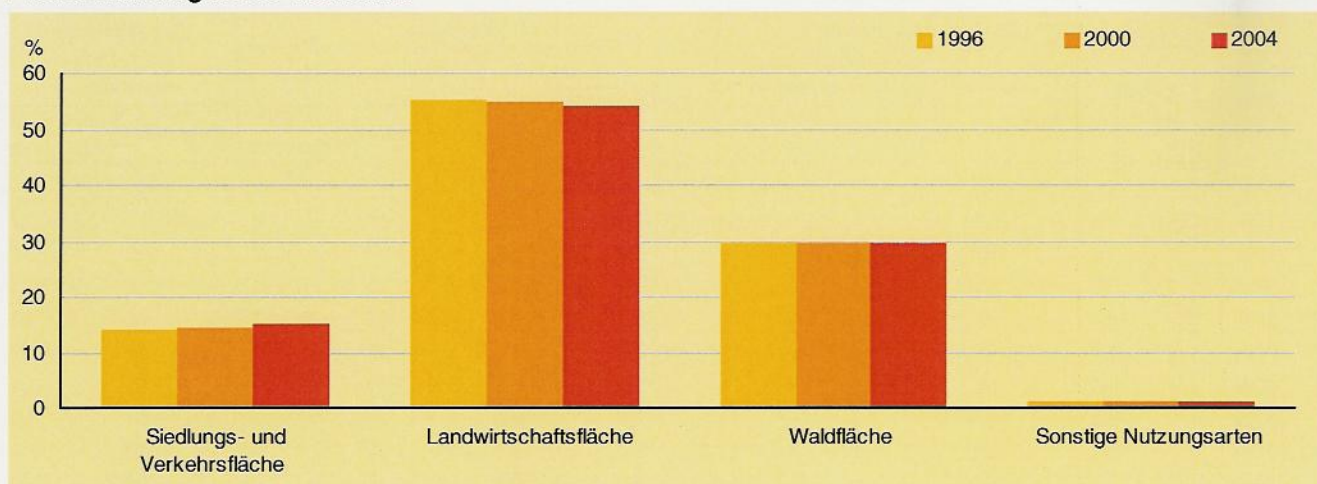
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst 35 752 km². Damit ist der Südweststaat etwas größer als Belgien und nur wenig kleiner als die Schweiz. Die Gemeinde mit der größten Fläche ist Stuttgart mit 207 km², gefolgt von Baiersbronn (Landkreis Freudenstadt) mit 190 km².

Fast die Hälfte der gesamten Landesfläche wird durch Landwirtschaftsfläche eingenommen, rund zwei Fünftel sind bewaldet. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche entspricht einem Anteil von 14 % der gesamten Landesfläche. Ende der 80er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts lag dieser noch bei knapp 12 %. Allein im Zeitraum zwischen 2000 bis 2004 wurden landesweit täglich gut 10 ha Fläche für Baumaßnahmen in Anspruch genommen, das entspricht etwa 16 Fußballfeldern. Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche – fast ausschließlich auf Kosten der Landwirtschaftsfläche – ist hauptsächlich auf Wohnbauaktivitäten und die Erschließung neuer Gewerbe- und Industriegebiete zurückzuführen. In den Kommunen der Verdichtungsräume liegt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche deutlich höher als in den Gemeinden der eher ländlichen Gebiete, hier sind hingegen die höchsten Zunahmen zu verzeichnen. In der Stadt Kornwestheim ist der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen mit 61 % landesweit am höchsten. Dagegen sind es in der Gemeinde Simonswald im Landkreis Emmendingen nur 2,5 %.

Gemeindefläche nach der tatsächlichen Nutzung

Nutzungsart	1992		1996		2000		2004	
	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
Fläche insgesamt	2 557	100	2 557	100	2 557	100	2 557	100
Landwirtschaftsfläche	1 414	55	1 409	55	1 401	55	1 383	54
Waldfläche	755	30	758	30	758	30	758	30
Wasserfläche	15	1	15	1	15	1	15	1
Übrige Nutzungsarten	14	1	14	1	14	1	14	1
Siedlungs- und Verkehrsfläche	359	14	361	14	369	14	387	15
Darunter								
Gebäude- und Freifläche	174	49	176	49	184	50	200	52
Verkehrsfläche	173	48	173	48	173	47	174	45
Erholungsfläche	7	2	7	2	7	2	8	2

Flächennutzung in der Gemeinde



Bevölkerung

Die Entwicklung der Bevölkerung und deren Struktur haben maßgeblichen Einfluss auf die Arbeit der Kommunen, unter anderem bei der Planung von Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen sowie dem Ausweisen von Bauland. Allein seit Ende 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, hat sich die Bevölkerungszahl landesweit um 9 % erhöht. In über 90 % der baden-württembergischen Kommunen stieg die Einwohnerzahl in diesem Zeitraum. Das Bevölkerungswachstum des Landes beruht überwiegend auf Wanderungsgewinnen und zu einem geringen Teil auf einem Geburtenüberschuss. Seit dem Jahr 2001 ist Baden-Württemberg das einzige Bundesland, in dem noch mehr Kinder geboren werden als Menschen sterben.

Die Bevölkerung Baden-Württembergs war Ende des Jahres 2005 im Durchschnitt 41,4 Jahre alt. 1970 lag das Durchschnittsalter noch bei 34,9 Jahren. Mit durchschnittlich 33,6 Jahren lebt die jüngste Bevölkerung des Landes in der Gemeinde Riedhausen im Landkreis Ravensburg. Am ältesten ist sie mit 49,0 Jahren in Untermarchtal (Alb-Donau-Kreis) – aufgrund der dort ansässigen Klosterbevölkerung. In der Regel ist ein hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung auf geringe Geburtenhäufigkeiten, auf Wegzüge junger Familien mit kleinen Kindern sowie auf vom Kurbetrieb geprägte oder als Altersruhesitz bevorzugte Gemeinden zurückzuführen.

Bevölkerungsentwicklung seit 1871*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	2 563	48	52	100	1990	5 268	49	51	206
1890	2 654	47	53	104	1992	5 482	49	51	214
1900	2 546	48	52	100	1994	5 507	50	50	215
1910	2 554	49	51	100	1996	5 613	49	51	220
1925	2 558	49	51	100	1998	5 629	49	51	220
1933	2 586	49	51	101	2000	5 685	49	51	222
1939	2 402	48	52	94	2001	5 751	49	51	225
1950	4 002	47	53	157	2002	5 689	49	51	222
1961	3 899	46	54	153	2003	5 725	49	51	224
1970	4 696	48	52	184	2004	5 749	49	51	225
1987	4 970	49	51	194	2005	5 736	49	51	224

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung				Wanderungen				Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (-)							
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner						
			insgesamt	je 1 000 Einwohner			insgesamt	je 1 000 Einwohner								
	Anzahl															
1997	64	63	+	1	0	323	333	-	10	-	2	-	9	-	2	
1998	66	51	+	15	+	3	378	368	+	10	+	2	+	25	+	4
1999	55	65	-	10	-	2	382	382	+	0	0	-	10	-	2	
2000	62	65	-	3	-	1	390	321	+	69	+	12	+	66	+	12
2001	54	61	-	7	-	1	381	308	+	73	+	13	+	66	+	12
2002	48	52	-	4	-	1	314	372	-	58	-	10	-	62	-	11
2003	53	58	-	5	-	1	371	329	+	42	+	7	+	37	+	6
2004	48	55	-	7	-	1	333	301	+	32	+	6	+	25	+	4
2005	42	65	-	23	-	4	361	351	+	10	+	2	-	13	-	2

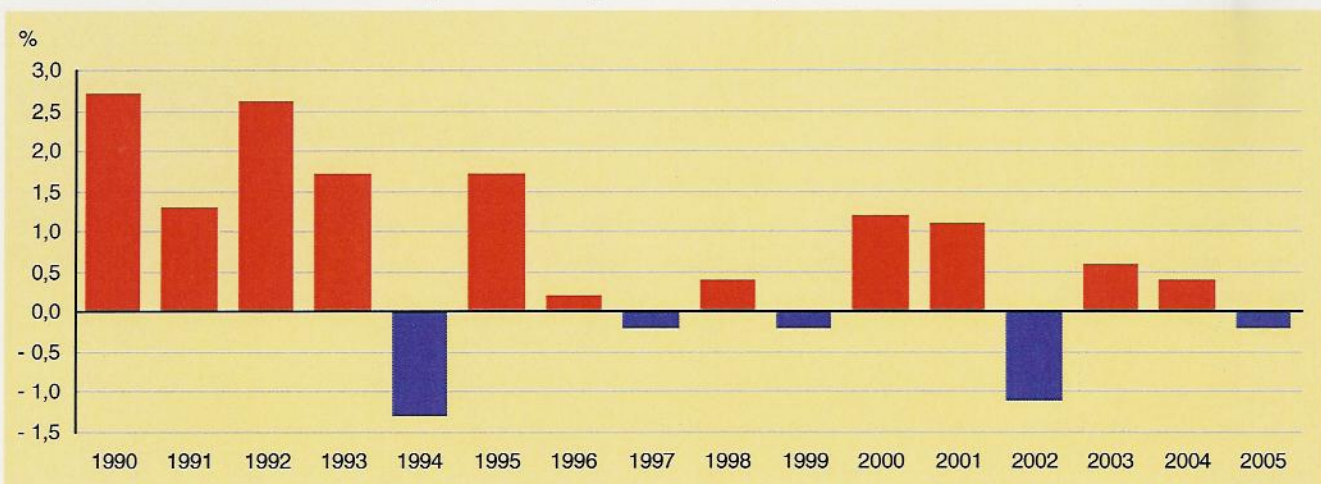
Bevölkerungsstruktur 2005

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	138	2	64	2	74	3	3	3	3	
3 - 6	172	3	83	3	89	3	3	3	3	
6 - 15	648	11	331	12	317	11	10	10	9	
15 - 18	253	4	120	4	133	5	4	4	3	
18 - 25	477	8	245	9	232	8	8	8	8	
25 - 40	1 070	19	550	20	520	18	21	21	20	
40 - 65	1 959	34	980	35	979	33	34	35	33	
65 - 75	619	11	291	10	328	11	10	10	11	
75 und mehr	400	7	125	4	275	9	8	6	10	
Insgesamt	5 736	100	2 789	100	2 947	100	100	100	100	
Durchschnittsalter in Jahren										
	40,7		39,5		41,9		41,4	40,0	42,7	

Zum Vergleich: Bevölkerungsstruktur 1990

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	215	4	113	4	102	4	4	4	3	
3 - 6	199	4	100	4	99	4	3	3	3	
6 - 15	537	10	285	11	252	9	9	10	9	
15 - 18	144	3	72	3	72	3	3	3	3	
18 - 25	537	10	279	11	258	10	11	12	10	
25 - 40	1 243	24	652	25	591	22	24	26	23	
40 - 65	1 669	32	849	33	820	31	31	32	30	
65 - 75	387	7	138	5	249	9	7	6	9	
75 und mehr	337	6	109	4	228	9	7	4	9	
Insgesamt	5 268	100	2 597	100	2 671	100	100	100	100	
Durchschnittsalter in Jahren										
	38,3		36,2		40,4		38,7	36,7	40,6	

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr



Bildung

Mit einem nahezu flächendeckenden Angebot an öffentlichen Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien hat sich Baden-Württemberg für die Beibehaltung des traditionellen dreigliedrigen Schulsystems entschieden. Zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler gibt es ein differenziertes Sonderschulwesen mit der Möglichkeit, die Abschlüsse der allgemein bildenden Schulen zu erreichen. An den Berufsschulen des Landes findet die Ausbildung im Dualen System statt. An weiteren Schularten können neben beruflichen auch allgemein bildende Abschlüsse erworben werden. Landesweit bestehen derzeit 655 Privatschulen, darunter auch Abendrealschulen, Abendgymnasien und Kollegs, private berufliche Schulen sowie die freien Waldorfschulen und privaten Sonderschulen. Lediglich 76 Gemeinden verfügen über keine eigenständige allgemein bildende Schule, sondern allenfalls über eine Außenstelle.

Nach einem Rückgang der Schülerzahlen in Baden-Württemberg in den 80er-Jahren, war seit den 90er-Jahren wieder ein Anstieg zu beobachten. Im Schuljahr 2003/04 wurde mit gut 1,3 Mill. Schülerinnen und Schülern an den allgemein bildenden Schulen ein Maximum erreicht. Die Zahl hält sich seitdem annähernd auf diesem Niveau. Nach den derzeitigen Vorausschätzungen gehen die Schülerzahlen bis zum Jahre 2020 um knapp 19 % zurück, jede fünfte Schulbank bleibt dann leer.

Allgemein bildende Schulen Schuljahr 2005/2006

Schularten	Schulen ¹⁾ ins- gesamt	Schüler ²⁾ ins- gesamt	Öffentliche Schulen						
			Schüler zusammen	und zwar		Lehrer ins- gesamt	darunter	Schüler je Lehrkraft ³⁾	Schüler je Klasse ⁴⁾
				weiblich	aus- ländisch		Vollzeit- beschäftigte		
Anzahl		Anzahl	%		Anzahl				
Grundschulen	2	256	256	49	18	27	12	19	21
Hauptschulen	1	127	127	41	40				25
Sonderschulen	-	-	-	.	.	-	-	-	-
Realschulen	1	647	647	50	2	40	22	19	28
Gymnasien	-	-	-	.	.	-	-	-	-
Freie Waldorfschulen	-	-
Andere Schularten ⁵⁾	-	-	-	.	.	-	-	-	-
Insgesamt	4	1 030	1 030	.	.	67	34	X	X

Zum Vergleich: Allgemein bildende Schulen Schuljahr 1995/1996

Schularten	Schulen ¹⁾ ins- gesamt	Schüler ²⁾ ins- gesamt	Öffentliche Schulen						
			Schüler zusammen	und zwar		Lehrer ins- gesamt	darunter	Schüler je Lehrkraft ³⁾	Schüler je Klasse ⁴⁾
				weiblich	aus- ländisch		Vollzeit- beschäftigte		
Anzahl		Anzahl	%		Anzahl				
Grundschulen	2	282	282	48	11	27	13	20	24
Hauptschulen	1	110	110	36	17				22
Sonderschulen	-	-	-	.	.	-	-	-	-
Realschulen	1	509	509	55	4	31	21	19	25
Gymnasien	-	-	-	.	.	-	-	-	-
Freie Waldorfschulen	-	-
Andere Schularten ⁵⁾	-	-	-	.	.	-	-	-	-
Insgesamt	4	901	901	.	.	58	34	X	X

Wahlen

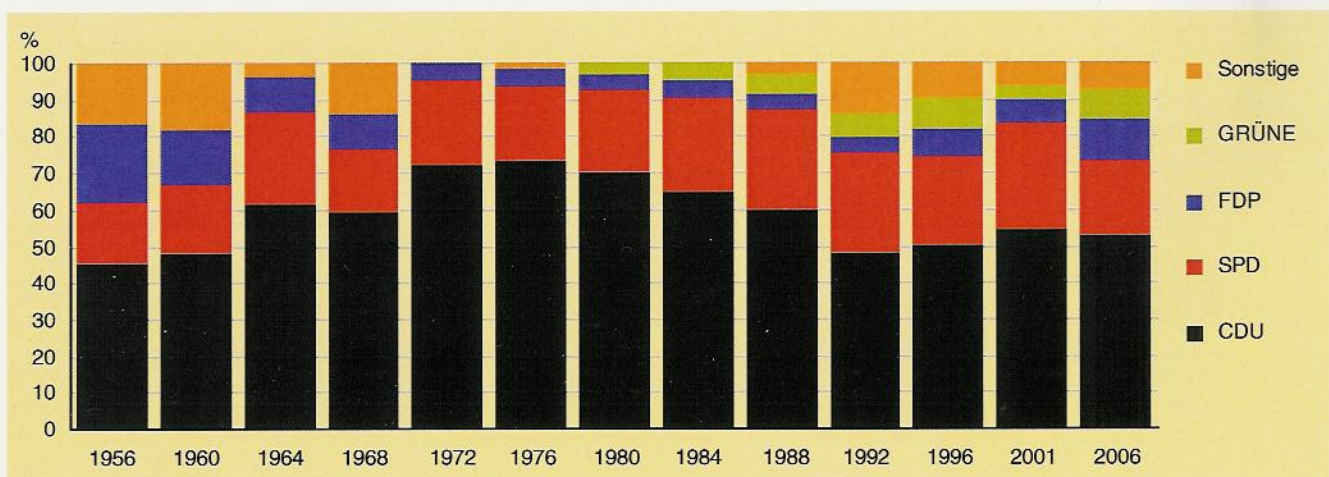
Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Hierbei gibt es durchaus regionale Besonderheiten des Wahlverhaltens im deutschen Südwesten. Seit Bestehen des Landes prägt die CDU das politische Bild Baden-Württembergs. Mit der Landtagswahl 2006 hielt sie mit 44,2 % der Wählerstimmen ihr hohes Niveau und ihre Stellung als stärkste Partei im Land. Die SPD konnte nicht an den Wahlerfolg von 2001 anknüpfen. Sie erreichte mit 25,2 % ihr zweitniedrigstes Ergebnis bei einer Landtagswahl. Die FDP erlangte in ihrem „Stammland“ erstmals seit 1968 wieder ein zweistelliges Wahlergebnis, gaben jedoch den 2001 errungenen Platz als drittstärkste politische Kraft in Baden-Württemberg an die GRÜNEN ab. Deren Stimmenanteil lag mit 11,7 % um einen Prozentpunkt höher. Insgesamt gehören dem 14. Landtag von Baden-Württemberg 139 Abgeordnete an.

Die seit Anfang der 70er-Jahre bei Wahlen zu beobachtende allgemein rückläufige Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg setzte sich bei der Landtagswahl 2006 nicht nur fort – sie erreichte einen historischen Tiefpunkt, denn mit 53,4 % war es die niedrigste Quote bei einer Landtagswahl seit Bestehen des Landes. Inwieweit das Wahlverhalten in Ihrer Gemeinde dem hier aufgezeigten Landestrend entspricht, können Sie den folgenden Darstellungen entnehmen.

Wahlergebnisse

Wahl	Wahl- berechtigte	Wähler	Wahl- beteiligung	Stimmenanteile ¹⁾				
				CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
				% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte				
Landtagswahl 2006	4 045	1 853	50,0	52,7	20,6	7,9	11,1	7,7
Landtagswahl 2001	4 020	2 156	58,8	54,4	29,1	4,1	6,1	6,2
Veränderung	+ 25	- 303	- 8,9	- 1,7	- 8,6	+ 3,8	+ 5,0	+ 1,5
Bundestagswahl 2005	4 059	2 671	76,4	44,9	25,6	7,8	12,6	9,1
Bundestagswahl 2002	4 001	2 754	80,0	51,3	28,9	8,2	7,4	4,2
Veränderung	+ 58	- 83	- 3,6	- 6,4	- 3,3	- 0,4	+ 5,2	+ 4,9
Europawahl 2004	4 039	2 046	55,3	57,4	16,4	9,8	5,1	11,3
Europawahl 1999	3 965	1 448	37,7	62,1	21,2	6,1	3,5	7,0
Veränderung	+ 74	+ 598	+ 17,5	- 4,8	- 4,8	+ 3,7	+ 1,6	+ 4,3

Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen



Landwirtschaft

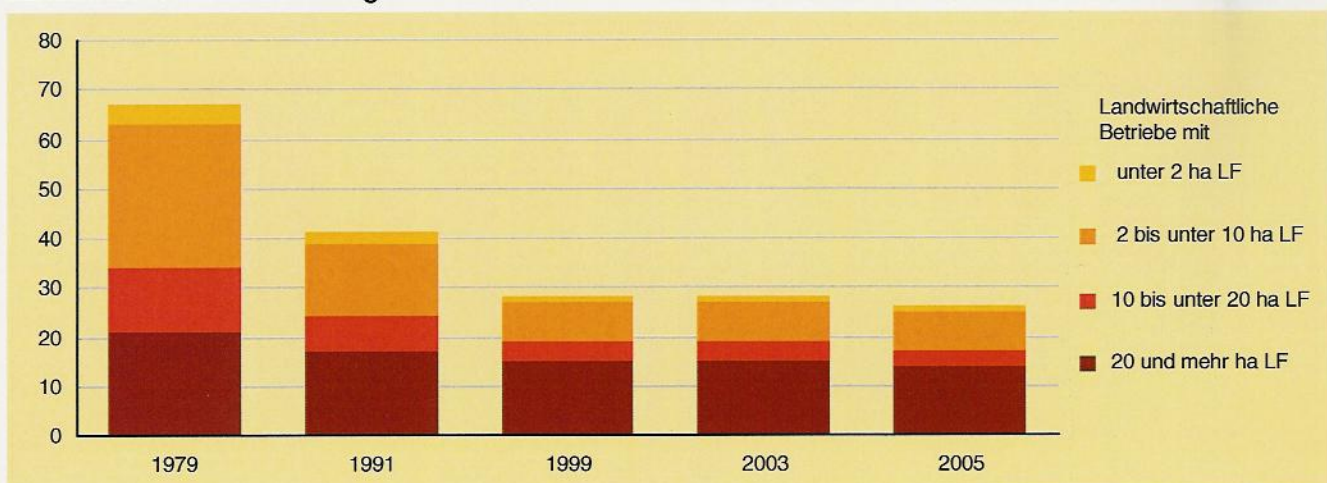
Die tief greifenden Strukturveränderungen in der Landwirtschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben in Baden-Württemberg zu einem deutlichen Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe geführt. Allein in den letzten 23 Jahren sind von den knapp 140 000 landwirtschaftlichen Betrieben weniger als die Hälfte übrig geblieben. Die Existenz der Betriebe war und ist weniger von der Qualität der Böden, als von der Ausstattung mit Kapital und nicht zuletzt von der Agrarpolitik der Europäischen Union bestimmt. Im Zuge des Strukturwandels hat die Betriebsgröße landesweit stark zugenommen. Die Landwirte bewirtschafteten 2005 durchschnittlich 24 ha landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF). 1983 lag die Größe der Betriebe im Landesdurchschnitt nur bei 12 ha. Charakteristisch für die Landwirtschaft des Landes bleibt trotzdem weiterhin die große Anzahl von Kleinbetrieben.

Landesweit wurde im Jahr 2005 eine Fläche von knapp 1,5 Mill. ha landwirtschaftlich genutzt, davon 58 % als Ackerland und 39 % als Dauergrünland. Etwa 3 % der Fläche entfielen auf Dauerkulturen, beispielsweise Rebland oder Obstanbauflächen. Zahlreiche Sonderkulturen wie Tabak, Hopfen oder Spargel bereichern die vielfältige Landwirtschaft Baden-Württembergs. In einigen Landesteilen ist die Agrarproduktion besonders durch Tierzucht und Tierhaltung geprägt. In der Rinderhaltung im Südwesten spielt nach wie vor der Bestand an Milchkühen eine bedeutende Rolle.

Landwirtschaft*)

Jahr ¹⁾	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Darunter			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
		Haupterwerbsbetriebe		Ackerland	Dauergrünland	Dauerkulturen		Rinder		Schweine	
	Anzahl	ha	%			ha	insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter	
1983	58	22	1 113	87	12	.	19	675	29	1 159	34
1987	54	19	1 113	88	12	-	21	733	33	1 208	43
1991	41	13	1 110	88	11	-	27	559	51	1 376	81
1995	29	11	1 108	89	11	-	38	483	44	1 255	105
1999	28	5	1 114	90	10	-	40	270	30	1 539	171
2001	28	.	1 110	90	10	-	40	272	30	1 372	229
2003	28	8	1 098	90	10	-	39	266	38	1 515	216
2005	26	.	1 099	90	10	.	42

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

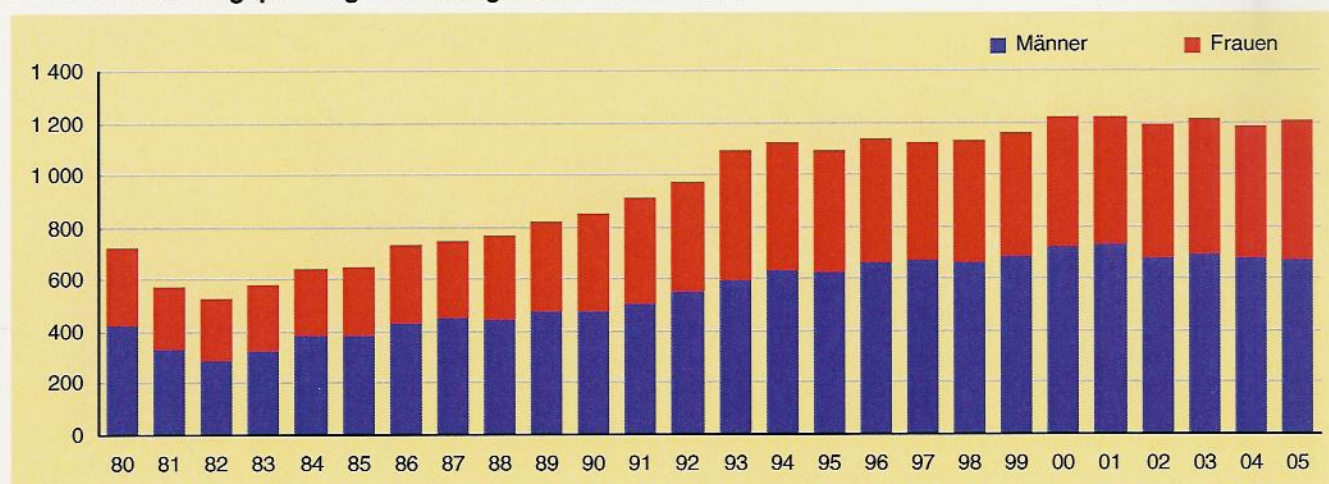
Der seit einigen Jahren zu beobachtende Rückgang der Beschäftigtenzahlen in Baden-Württemberg setzte sich – wenn auch abgeschwächt – 2005 fort. Gegenüber 2004 sank die Zahl um 0,6 % auf 3,72 Mill. sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Nicht alle der drei Wirtschaftssektoren waren betroffen. Mit 1,6 % erlebte das Produzierende Gewerbe den stärksten Rückgang. Der Beschäftigungsanteil dieses Sektors lag zuletzt noch bei 42%. Der Dienstleistungsbereich verzeichnete dagegen mit 0,1 % einen kleinen Zuwachs. Der Anteil dieses Bereiches an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrug knapp 58 %. Durch den Strukturwandel der letzten Jahrzehnte hat sich das Gewicht deutlich zu diesem Wirtschaftsbereich hin verschoben. Im Landesschnitt lag die Zahl der Beschäftigten insgesamt bei 346 je 1 000 Einwohner; im Jahr 2003 waren es noch 355 Beschäftigte je 1 000 Einwohner.

Im Jahr 2005 waren 44 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg Frauen. Die Anteile der Frauen an den Beschäftigten schwanken in den einzelnen Kommunen mitunter erheblich. Verschiedene Gründe kommen hierfür in Frage. Mitentscheidend dürfte die regionale Branchenstruktur sein: Der Dienstleistungssektor bietet für Frauen häufig bessere Beschäftigungsmöglichkeiten als der produzierende Bereich. Weiterhin hat die regional unterschiedliche Bevölkerungs- und Familienstruktur Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung der Frauen.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose*)

Jahr (30.6.)	Beschäftigte ¹⁾		Und zwar ²⁾					Arbeits- lose insgesamt	Und zwar			
	ins- gesamt	je 1 000 Ein- wohner	Frauen	Aus- länder	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	Aus- länder	Langzeit- arbeits- lose ³⁾	unter 25 Jahre
1980	721	150	41	7	50	12	37
1990	851	166	44	6	44	23	33
1995	1 092	198	43	14	38	20	43	158	53	27	27	18
2000	1 222	217	41	16	39	18	42	160	49	24	31	9
2001	1 218	213	40	16	40	16	43	153	53	24	27	10
2002	1 187	209	43	13	43	17	39	165	50	17	27	12
2003	1 211	212	43	12	43	17	40	185	49	17	29	17
2004	1 185	206	43	12	45	16	39	195	48	21	29	9
2005	1 208	210	44	11	45	14	40	230	54	23	30	14

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



Verkehr

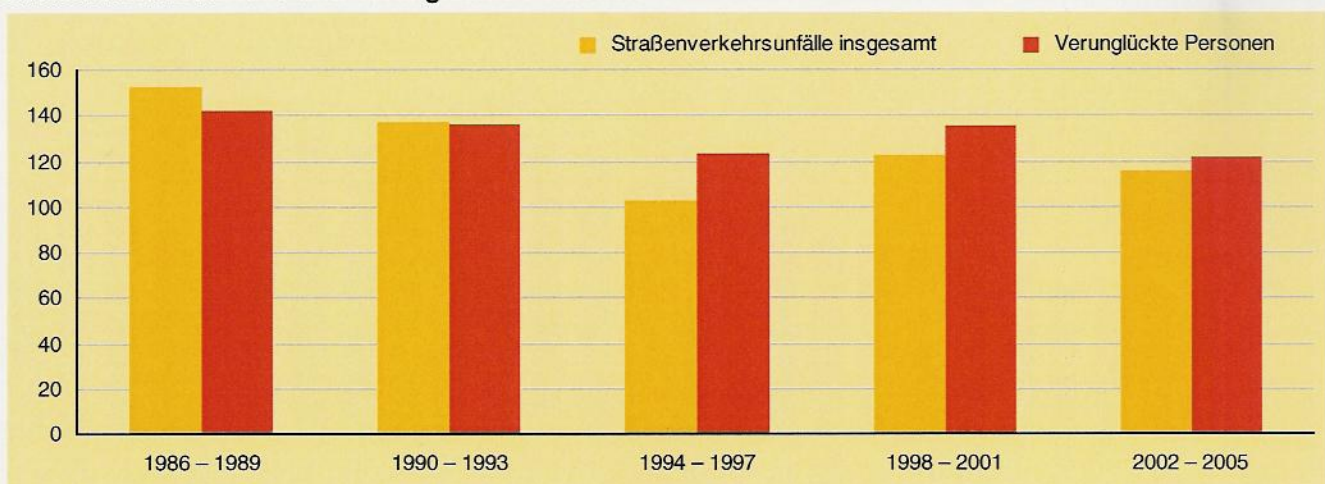
Im Jahr 2005 waren in Baden-Württemberg rund 7,5 Mill. Kraftfahrzeuge zugelassen. Damit hat sich seit 1950 der gesamte Kfz-Bestand des Landes um mehr als das 23-fache erhöht, die Zahl der Personenkraftwagen (PKW) sogar auf das 69-fache. Der enorme Anstieg des PKW-Bestandes ist auch demografisch bedingt, für die Entwicklung entscheidender ist jedoch die stetige Zunahme des Motorisierungsgrades. Landesweit kommen derzeit 573 PKW auf 1 000 Einwohner. Die regionalen Unterschiede sind allerdings erheblich, auch bedingt durch die Konzentration gewerblich zugelassener Fahrzeuge größerer Unternehmen auf einzelne Orte. Am höchsten ist die PKW-Dichte mit 1 103 PKW pro 1 000 Einwohner in Walldorf (Rhein-Neckar-Kreis). Mit 402 PKW pro 1 000 Einwohner weist Schwarzach im Neckar-Odenwald-Kreis hingegen den geringsten Motorisierungsgrad auf. Tendenziell ist die PKW-Dichte in größeren Städten sowie in verdichteten Gebieten geringer. Ursachen hierfür sind das konzentrierte Angebot an Arbeitsplätzen und Infrastruktureinrichtungen sowie der besser ausgebauten öffentliche Personennahverkehr.

Bei mehr als 58 000 Verkehrsunfällen im Jahr 2005 verunglückten auf den Straßen Baden-Württembergs rund 54 000 Personen, 633 wurden getötet. Die Zahl der Verkehrstoten war damit seit Einführung dieser Statistik noch nie so niedrig. Entspricht die Entwicklung Ihrer Gemeinde dem Landestrend? Sehen Sie selbst.

Kraftfahrzeuge*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeugbestand			PKW je 1000 Einwohner	Straßenverkehrsunfälle ³⁾		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		PKW	Krafträder ²⁾						
	Anzahl				Anzahl				
1991	3 209	2 768	130	522	39	20	29	3	10
1993	3 458	2 975	154	544	27	19	26	–	12
1995	3 634	3 120	165	565	26	17	30	2	12
1997	3 689	3 126	196	556	26	20	33	2	4
1999	3 731	3 117	236	556	29	19	31	3	11
2001	3 901	3 238	251	570	24	18	29	–	4
2002	3 963	3 274	260	569	17	10	13	–	1
2003	3 986	3 275	280	576	32	19	33	–	6
2004	4 022	3 277	309	572	31	24	40	–	1
2005	4 105	3 344	323	582	35	25	35	–	6

Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



Wohnen

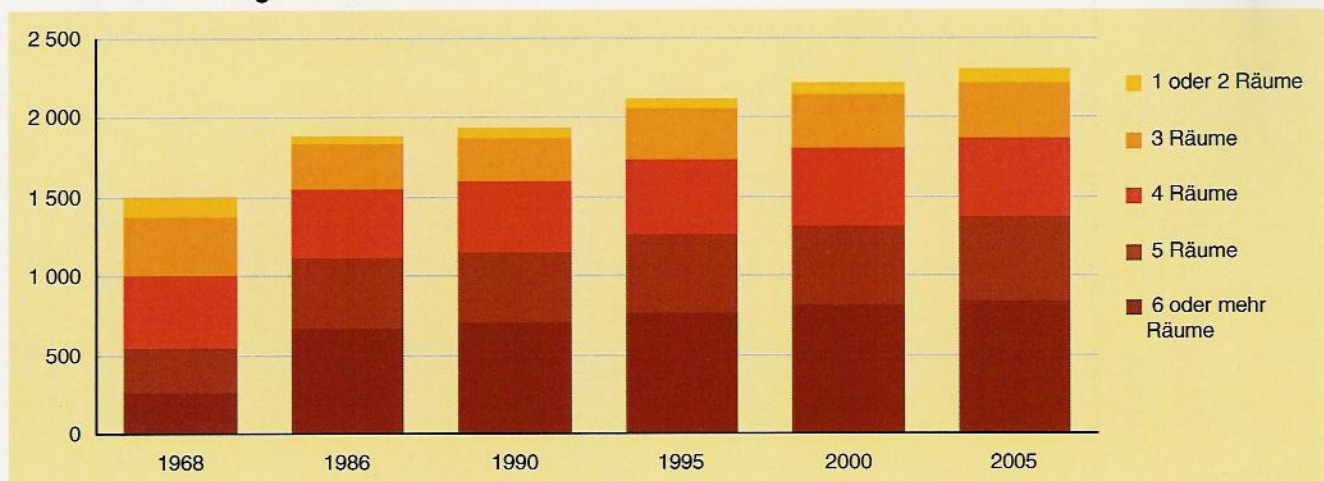
Der Wohnungsbestand Baden-Württembergs hat sich in den letzten vier Jahrzehnten nahezu verdoppelt: 1965 gab es 2,6 Mill. Wohnungen, Ende 2005 waren es bereits 4,9 Mill. Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. Ursachen für diesen Anstieg sind im enormen Bevölkerungszuwachs sowie im Wiederaufbau der zerstörten Gebäude nach dem zweiten Weltkrieg, im anhaltenden Trend zu kleineren Haushalten und nicht zuletzt in der stetigen Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse zu sehen. So lag die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner noch Mitte der 80er-Jahre bei 36 m², zuletzt waren es gut 41 m².

Ende des Jahres 2005 gab es landesweit rund 58 % Einfamilienhäuser, 25 % Zweifamilienhäuser und 18 % Mehrfamilienhäuser. Dabei variiert die Gebäudestruktur zwischen den Kommunen des Landes erheblich. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäuser in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten war der Einfamilienhausanteil mit gut 91 % in Guggenhausen (Landkreis Ravensburg). Die Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) hingegen hat mit 27 % den geringsten Anteil aufzuweisen, gefolgt von der Landeshauptstadt Stuttgart mit 30 %. Und wie sieht es in Ihrer Gemeinde aus?

Wohngebäude und Wohnungen

Jahr ¹⁾	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ²⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner m ²
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1968	901	429	48	295	33	76	8	1 500	301	23
1986	1 303	884	68	349	27	70	5	1 884	259	39
1990	1 334	902	68	361	27	71	5	1 931	273	38
1995	1 426	945	66	392	27	89	6	2 117	265	39
2000	1 474	963	65	410	28	101	7	2 221	256	41
2001	1 479	967	65	411	28	101	7	2 227	258	41
2002	1 489	973	65	415	28	101	7	2 241	254	41
2003	1 500	975	65	422	28	103	7	2 265	253	41
2004	1 511	985	65	422	28	104	7	2 279	252	42
2005	1 523	990	65	429	28	104	7	2 298	250	42

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



Wasserwirtschaft

Die Trinkwasserversorgung des Landes wurde 2004 von insgesamt 1 356 Wasserversorgungsunternehmen sichergestellt. Der überwiegende Teil (94 %) davon sind öffentliche Wasserversorgungsunternehmen, die insgesamt 686 Mill. m³ Wasser förderten. Ein Fünftel davon stammt aus der Bodensee-Wasserversorgung (BWV) in Sipplingen und gut 14 % aus der Landeswasserversorgung (LW).

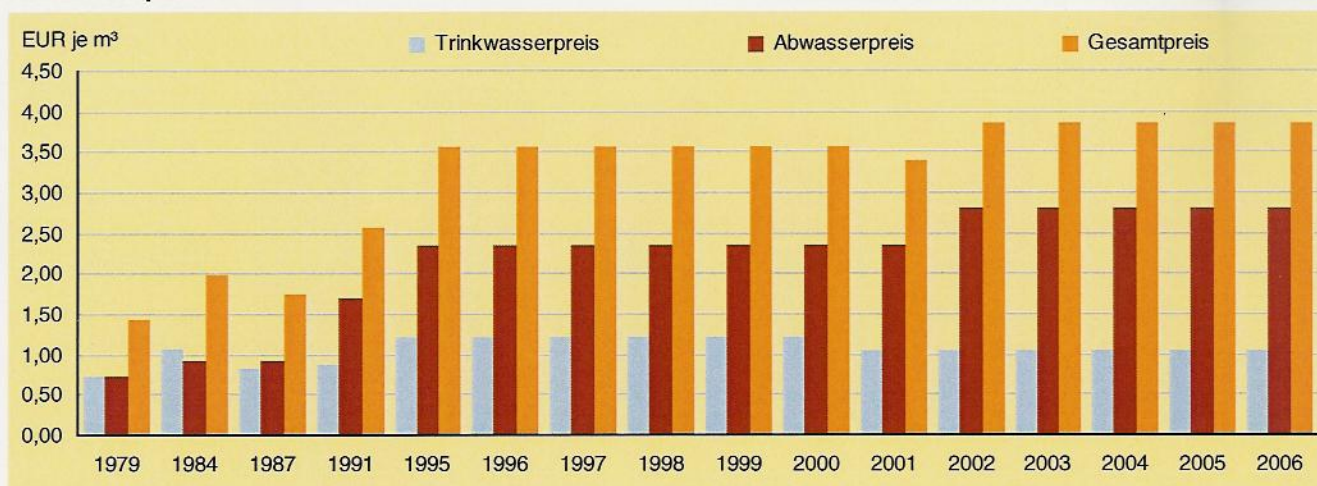
Der tägliche Wasserverbrauch der Privathaushalte und Kleingewerbe betrug 2004 im Landesdurchschnitt 123 Liter je Einwohner. 1979 lag der Pro-Kopf-Verbrauch im Land durchschnittlich noch bei 133 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein, haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung von Wasser sparenden Technologien.

Der Gesamtpreis für Trink- und Abwasser betrug Anfang 2006 im Landesdurchschnitt 3,93 Euro je Kubikmeter (ohne Grundgebühren). Die Preise variieren regional: Die Preisspanne reicht bei den einzelnen Kommunen des Landes von 1,41 Euro bis 7,77 Euro je Kubikmeter. Neben der Wasserqualität und der Wassermenge wirken sich auch die Versorgungsstruktur, die Anschlussdichte, der Zustand des Leitungsnetzes sowie die Höhe der Wasserverluste auf die Wasserpreise aus.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr ¹⁾	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste ²⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Trinkwasserpreis	Abwasserpreis	Gesamtpreis ³⁾	
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch				
									1 000 m ³
EUR je m ³ ⁴⁾									
1979	392	130	227	194	85	111	0,72	0,72	1,43
1983	433	150	297	268	90	149	1,06	0,92	1,98
1987	559	218	334	201	60	110	0,82	0,92	1,74
1991	522	153	410	236	58	122	0,87	1,69	2,56
1995	529	156	588	273	46	134	1,20	2,35	3,55
1998	426	103	689	259	38	126	1,20	2,35	3,55
2001	527	205	728	266	37	127	1,04	2,35	3,39
2004	631	192	822	265	32	127	1,04	2,81	3,85
2006	1,04	2,81	3,85

Kubikmeterpreise für Trink- und Abwasser



Kommunal финанzen und Gemeindepersonal

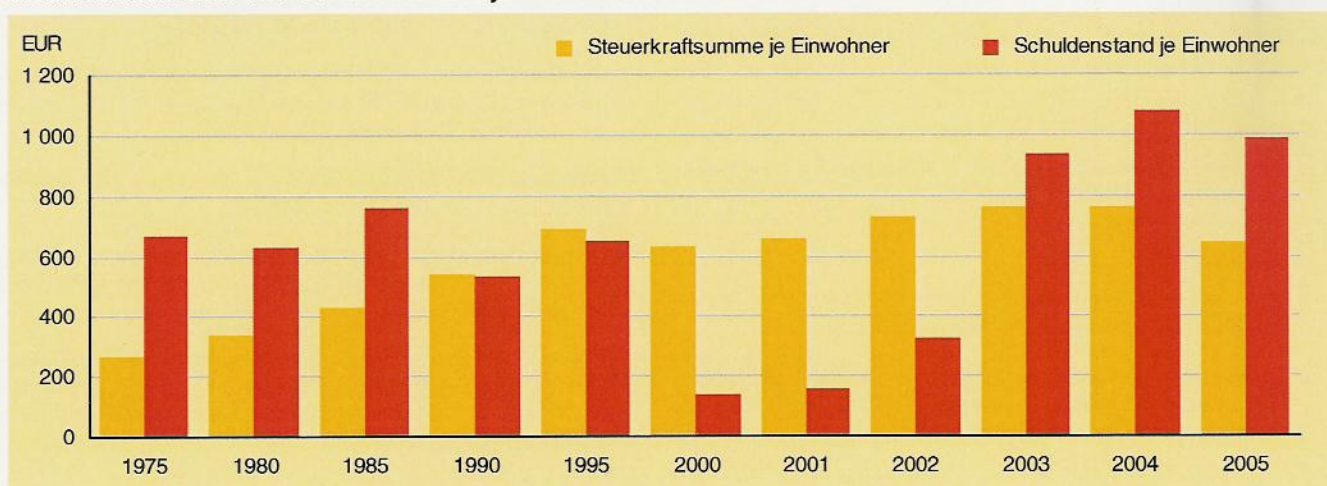
Die kommunale Finanzpolitik war nach der Jahrtausendwende geprägt von erheblichen Einschnitten und grundlegenden Veränderungen. Zwar sind die Steuereinnahmen der baden-württembergischen Kommunen im Jahr 2005 gegenüber 2004 nochmals leicht angestiegen. Problematisch ist aber, dass auch in 2005 die Gesamtentwicklung durch einen erheblichen Anstieg der Sozialausgaben insbesondere durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe geprägt wurde.

Neben der Einnahmen-Ausgaben-Entwicklung und einem allgemeinen Personalabbau bei gleichzeitiger Ausdehnung der Teilzeitbeschäftigung ist vor allem die Verschuldung der Gemeinden in der öffentlichen Diskussion. Die Vergleichbarkeit der Schuldenentwicklung im Zeitverlauf wird aber dadurch erschwert, dass in den letzten Jahren verstärkt wirtschaftliche Aktivitäten der Gemeinden in formal privatisierte aber noch durch die Gemeinde kontrollierte Betriebe überführt wurden, wobei ein Teil der Schuldenlast in diese Betriebe mit übertragen wurde. Dies und eine in den 90er-Jahren einsetzende auf Konsolidierung bedachte Haushaltspolitik führten zwischen 1995 und 2005 zu einem Rückgang des Gemeindefschuldenstands um immerhin 21 %. Im Jahr 2005 betrug die Pro-Kopf-Verschuldung im Landesdurchschnitt 540 Euro, 1995 lag der Schuldenstand der Kommunen noch bei durchschnittlich 714 Euro je Einwohner.

Kommunal финанzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftmesszahl ¹⁾		Steuerkraftsumme ²⁾		Schuldenstand ³⁾		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Volzeit-äquivalente ⁴⁾
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	917	191	1 620	338	3 031	630	52	.
1985	1 352	275	2 093	426	3 729	761	48	.
1990	1 671	330	2 726	539	2 729	531	54	.
1995	2 740	496	3 793	687	3 574	647	77	.
2000	2 536	453	3 519	628	786	139	68	56
2001	2 794	495	3 686	653	886	155	64	53
2002	2 921	510	4 164	727	1 834	323	63	53
2003	3 205	564	4 324	761	5 340	935	59	51
2004	3 227	565	4 329	758	6 198	1 078	54	46
2005	2 943	512	3 692	642	5 649	984	.	.

Steuerkraftsumme und Schuldenstand je Einwohner



Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick ...

- 1) Im Schuljahr 2005/06. Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 2) Siehe unter Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Fußnoten *) und 3).
- 3) Siehe unter Verkehr, Fußnote 3).
- 4) Siehe unter Wohnen, Fußnote 2).
- 5) Siehe unter Kommunal финанzen und Gemeindepersonal, Fußnoten 1), 2) und 3).
- 6) Stand Juli: Ab 2004: Beherbergungsstätten (einschließlich Campingplätze) mit 9 und mehr Betten bzw. Schlafgelegenheiten. Ab Januar 2004 werden die Ergebnisse für Beherbergungsstätten und Campingplätze zusammen nachgewiesen.
- 7) Zahl der Geburten je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.
- 8) Siehe unter Wahlen, Fußnote 1).

Bevölkerung

- *) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; ab 1990 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. des Jahres.

Bildung

- 1) Öffentliche und private Schulen; angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Schüler an öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen.
- 3) Wöchentliche Unterrichtsstunden der teilzeit- und sonstigen beschäftigten Lehrer (einschließlich der Ermäßigungen und Anrechnungen) sowie die Überstunden der vollzeitbeschäftigten Lehrer wurden in Vollzeitlehrer umgerechnet.
- 4) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 5) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

Wahlen

- 1) Stimmen ohne Briefwähler; bei Bundestagswahlen – Zweitstimmenanteil.

Landwirtschaft

- *) Ergebnisse der allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung; Betrieblicher Flächennachweis.
- 1) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze sowie methodische Veränderungen sind die Angaben ab 1999 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

- *) Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stichtag jeweils am 30.06. des Jahres.
- 1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Gemeinde (Arbeitsortkonzept). Eventuelle Einbrüche der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1984 sind auf den Metallarbeiterstreik zurückzuführen.
 - 2) Wirtschaftszweigsystematik 1970 (WZ 70); von 1990 bis 2002: WZ 93; seit April 2003: WZ 2003; die sachliche Untergliederung nach den verschiedenen Systematiken ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.
 - 3) Arbeitslose mit einer Arbeitslosigkeit von über einem Jahr.

Verkehr

- *) Quelle: Kraftfahrtbundesamt.
- 1) Erhebungsmonat bis 2000: Juli; ab 2001: Januar.
 - 2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.
 - 3) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegender Unfall mit Sachschaden.

Wohnen

- 1) 1961 und 1968: Es wurden nur nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude nach Gebäudeart differenziert.
- 2) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

Wasserwirtschaft

- 1) Wasserpreise 1983: Erhebungsjahr ist 1984.
- 2) Leitungsverluste, einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
- 3) Enthalten sind nur die Kubikmetergebühren.
- 4) Stichtag ist jeweils der 1. Januar; Preise bis 2001 DM in Euro umgerechnet.

Kommunal финанzen und Gemeindepersonal

- *) Bis 2001 in Euro umgerechnete DM-Werte.
- 1) Steuerkraftmesszahl: Einnahmekraft der Gemeinde (Gewerbesteuer, Grundsteuern auf landeseinheitliche Hebesätze umgerechnet, Einkommensteueranteil).
 - 2) Steuerkraftsumme: Finanzkraft der Gemeinde (Steuerkraftmesszahl + Schlüsselzuweisungen).
 - 3) Schuldenstand: Schulden am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten ohne Schulden der kommunalen Wirtschaftsunternehmen.
 - 4) Vollzeitäquivalente (VZä): Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor.

Erläuterungen und Definitionen

Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Unter „Beschäftigte“ werden hier die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verstanden, d.h. alle Arbeiter, Angestellte und Personen in beruflicher Ausbildung, die in Renten-, Kranken- und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht erfasst sind damit grundsätzlich Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige sowie geringfügig Beschäftigte. Die Beschäftigten werden nicht am Wohnort, sondern am Arbeitsort gezählt.

Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Ab dem Stichtag 30.09.1998 wurde der Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die europaweit eingeführte „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 1993 (WZ 93)“ umgestellt. Diese Neuverschlüsselung brachte beträchtliche Änderungen in der wirtschaftsfachlichen Zuordnung mit sich. Dadurch sind die Ergebnisse nach WZ 93 auch bei gleich lautenden Bezeichnungen einzelner Gliederungen nur bedingt mit denen der bisherigen Systematik (WZ 70) vergleichbar. Des Weiteren wurde mit dem Stichtag 30.06.2003 der Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf die europaweit eingeführte „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2003 (WZ 2003)“ umgestellt.

Hinweis: Die Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik haben bis drei Jahre nach dem Stichtag vorläufigen Charakter. Die Bundesagentur für Arbeit behält sich vor, diese innerhalb eines Zeitraums von drei Jahren bei wichtigem Berichtigungsbedarf zu korrigieren. Nach Ablauf der „Drei-Jahres-Frist“ erhalten die Ergebnisse den Status „endgültige Ergebnisse“.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen die Angehörigen der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit Familienangehörigen.

Fläche

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgt in Abständen von vier Jahren. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebaute unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauland (z.B. Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche. Stichtag der Erhebung ist jeweils der 31.12. des Jahres.

Haupterwerbsbetriebe

Seit 1999 werden zu den Haupterwerbsbetrieben alle Betriebe mit 1,5 Arbeitskräfte-Einheiten (AK-Einheit) und mehr oder 0,75 bis unter 1,5 AK-Einheiten und einem Anteil des betrieblichen Nettoeinkommens am gesamten Einkommen von 50 % und mehr gezählt. Eine AK-Einheit ist die Maßeinheit der Arbeitsleistung einer mit betrieblichen Arbeiten vollbeschäftigten Person. Beschäftigte, die nicht im Betrieb vollbeschäftigt sind, werden entsprechend ihrer Arbeitszeit auf AK-Einheiten umgerechnet.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

umfasst Ackerland, Dauergrünland und Dauerkulturen (Rebland, Obstanlagen, Baumschulflächen, Korbweiden- und Pappelanlagen sowie Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes) und Haus- und Nutzgärten ohne Ziergärten. Sämtliche zu einem Betrieb gehörigen Flächen werden in derjenigen Gemeinde nachgewiesen, in der sich der Betriebssitz befindet (Betriebsprinzip). Darum ist die LF nicht identisch mit der Landwirtschaftsfläche.

Langzeitarbeitslose

Als Langzeitarbeitslose gelten alle registrierten Arbeitslosen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung ein Jahr und länger bei den Arbeitsämtern gemeldet waren.

Letztverbraucher

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe (z.B. Handwerksbetriebe und Dienstleistungsunternehmen) und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

Pendler/Pendlersaldo

Pendler sind hier sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die nicht am Arbeitsort wohnen, sondern diesen im Berufspendlerverkehr regelmäßig aufsuchen. Jeder Pendler wird in seiner Arbeitsgemeinde/seinem Arbeitskreis als Einpendler, in seiner Wohngemeinde/seinem Wohnkreis als Auspendler registriert. Bewohner von Freizeitwohnungen und Wehrpflichtige zählen nicht zu den Pendlern. Der Pendlersaldo ist die Differenz von Einpendlern zu Auspendlern. Einpendlerüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendlerüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Räume

Räume sind alle Wohn- und Schlafräume mit 6 m² oder mehr Wohnfläche sowie alle Küchen.

Steuerkraftmesszahl

Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres.

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden

Hierzu zählen alle Straßenverkehrsunfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen verunglückt sind, d. h. getötet oder verletzt wurden. Datengrundlage sind Meldungen der Polizei. Als bei Straßenverkehrsunfällen getötet gelten Personen, die auf der Stelle getötet wurden oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen starben. Als bei Straßenverkehrsunfällen verletzt gelten Personen, die unmittelbar in Krankenanstalten

für mindestens 24 Stunden zur stationären Behandlung eingeliefert wurden (Schwerverletzte) oder Personen, deren Verletzungen keinen bzw. einen Krankenhausaufenthalt von weniger als 24 Stunden erforderten (Leichtverletzte).

Vollzeitäquivalente

Die Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden. Die Vollzeitäquivalente (Vzä) stellt somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mithilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich.

Wassergewinnung

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

Wohngebäude und Nichtwohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Zu den Wohngebäuden zählen auch Wohnheime. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, z.B. gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641- 0 Zentrale
Telefax 0711/641- 24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Geme beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst
Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen
und historischen Statistiken für
Baden-Württemberg, seine Regionen,
Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641- 28 33, Telefax - 29 73

Bibliothek
Die Präsenzbibliothek für alle
Telefon 0711/641- 28 76, Telefax - 29 73

Pressestelle
Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich
zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641- 24 51, Telefax - 29 40

Vertrieb
Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641- 28 66, Telefax - 13 40 62

Kontaktzeiten
Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de